

## Politisches Engagement fördern

### Was kann man tun, damit sich mehr Menschen politisch engagieren?

Von Katrin Matuschek & Julia Heyl

#### Überblick

Politische Beteiligung erhöht die Akzeptanz und die Zustimmung der Bevölkerung zu Entscheidungen und führt zur Identifikation der Bürger\_innen mit den demokratischen Institutionen. Diese **MuP-Praxishilfe** zeigt auf, wie beteiligungsferne Gruppen für politisches Engagement motiviert werden und deren Interessen im politischen Prozess wieder Berücksichtigung finden können.

#### Inhaltsverzeichnis

[Politische Partizipation in Deutschland](#)

[Einflussfaktoren](#)

[Menschen zum politischen Engagement motivieren](#)

[Quellen und Verweise](#)

#### Wie ist es um die politische Partizipation bestellt?

Einkommensschwache und Menschen mit geringem Bildungsgrad oder bildungsferne Gruppierungen engagieren sich deutlich weniger als andere Teile der Bevölkerung. Betrachtet man die Gruppe der politisch Aktiven in Deutschland wird deutlich, dass diese sich in ihrer sozialen Herkunft sehr ähneln und vor allem gebildet, männlich und mittelalt sind. Einkommensschwache und Menschen mit geringem Bildungsgrad oder bildungsferne Gruppierungen engagieren sich dagegen deutlich weniger.

**!** **Auf den Punkt:** Soziale Herkunft entscheidet damit nicht nur über zukünftige Karrierewege und Lebenschancen, sondern drückt sich auch in der **Unterrepräsentation aller Formen gesellschaftlicher Partizipation** aus, insbesondere jedoch beim politischen Engagement.

Die Partizipationsrate von privilegierten Teilen der deutschen Bevölkerung ist fast doppelt so hoch wie die von sozial benachteiligten (geringer Bildungsgrad, geringes oder gar kein Einkommen) Teilen der Bevölkerung (Daten aus dem SOEP).

Die Demokratie steht im 21. Jahrhundert somit vor großen **Herausforderungen**, was Partizipation und Repräsentation betrifft:

- ♦ Die **Wahlbeteiligung** sinkt seit den 70er Jahren und damit steigt die soziale Exklusion: Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung steigen die unteren Schichten besonders stark aus der politischen Beteiligung aus. Dennoch ist die Wahl diejenige Partizipationsform bei der soziale Selektivität am wenigsten ausgeprägt ist.
- ♦ **Parteien** als wichtigste Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft drohen ihre **Verankerung in der Gesellschaft (Integrationskraft) zu verlieren** (Verlust an Attraktivität, Repräsentationsreichweite und Mitgliedern, sowie Mobilisierungsprobleme). Auch in der Mitgliedschaft der Parteien sind benachteiligten Bevölkerungsschichten unter- und die „besser Gestellten“ überrepräsentiert.



- ♦ Auch wenn nicht-konventionelle Formen der Partizipation (z.B. Engagement in andern zivilgesellschaftlichen Organisationen/Bürgerinitiativen, Volksabstimmungen, Volksbegehren, Petitionen, Demonstrationen, Boykotte ...) zunehmen, zeigen Studien, dass diese Formen der politischen Partizipation **hochgradig sozial selektiv** sind. V.a. Aktivbürger\_innen aus der gehobenen Mittelschicht (junge, gut gebildete Menschen) engagieren sich dort. Migrant\_innen sowie Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad nehmen kaum an solchen Verfahren teil, d.h. die soziale Selektivität bei alternativen Partizipationsverfahren ist noch wesentlich stärker ausgeprägt, als bei den konventionellen Formen politischer Partizipation!

**Wie und an welchen Verfahren beteiligen sich sozial benachteiligte Gruppen der Bevölkerung politisch?**

Politische Formen der Partizipation werden laut einer Befragung von Klatt und Walter (2011) von sozial benachteiligten Gruppen kaum genutzt: Nahmen an Wahlen noch relativ viele sozial Benachteiligte teil, waren nur ein Bruchteil in Parteien und Gewerkschaften oder anderen politischen Organisationen aktiv. Noch viel weniger beteiligten sich an Unterschriftenaktionen oder Bürgerbegehren und noch weniger an Boykotten oder Internetprotesten.



**Hinweis:** Weiterführende Informationen finden Sie in „Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement“ von Johanna Klatt und Franz Walter.

**Wodurch wird politisches Engagement beeinflusst? – Faktoren die Engagement behindern und fördern**

In den Medien und im öffentlichen Diskurs wird viel über Parteien- und Politikerverdross sowie den Sympathieentzug der Bürger\_innen gegenüber der Demokratie und deren Institutionen gesprochen.

In der folgenden Abbildung werden Erklärungsansätze aufgezeigt, warum sich große Teile der Bevölkerung politisch nicht engagieren und welche Faktoren Engagement fördern

Politisches Engagement wird behindert durch ...	Menschen engagieren sich eher politisch, wenn ...
<p><b>Fehlende(s) Bildung/Wissen:</b> Vielen Menschen fällt es schwer:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>♦ Immer komplexer erscheinende politische Prozesse zu verstehen, zu durchschauen und</li> <li>♦ Zugang zu politischen Debatten zu finden.</li> </ul>	<p>... sie Politik verstehen und an die <b>Politik/das Politische herangeführt werden</b>, etwa durch Familie, Schule (partizipativ gestaltete Schule mit Mitbestimmungsmöglichkeiten).</p> <p>... sie <b>Kompetenzen</b> erlangt haben, die das <b>Handeln in politischen Zusammenhängen</b> erleichtern, wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>♦ Verständnis für komplexe politische Vorgänge</li> <li>♦ Wissen, wie/über welche Wege sie sich einbringen können</li> <li>♦ sprachliche Fähigkeiten zur Artikulation politischer Interessen.</li> </ul>

Politisches Engagement wird behindert durch ...	Menschen engagieren sich eher politisch, wenn ...
<p><b>Keine politische Wirksamkeitsüberzeugung:</b> Viele betrachten Politik als eine elitäre Sphäre, auf die sie selbst persönlich keinen Einfluss nehmen können.</p>	<p>... sie <b>überzeugt</b> davon sind, an bestehenden Zuständen durch individuelles Handeln <b>selbst etwas verändern zu können</b> (Wirksamkeitsüberzeugung).</p>
<p><b>Fehlende soziale Netzwerke,</b> die sich engagieren und/oder an politische Prozesse heranzuführen.</p>	<p>... sie ein <b>großes soziales Netzwerk haben</b> und Menschen in ihrem Netzwerk selbst politisch agieren und handeln. Die direkte Ansprache durch persönliche Kontakte ist der häufigste Zugangsweg zum Engagement.</p>
<p><b>Zweifel an der Politik:</b> Viele Menschen haben auch Zweifel daran, dass Politik handlungsfähig ist und sich für Belange der Bevölkerung einsetzt. Politiker_innen werden als unehrlich und egoistisch empfunden.</p>	<p>... <b>Politik glaubwürdig und verständlich</b> ist. ...<b>sie gute Erfahrungen mit sozialstaatlichen Institutionen</b> gemacht haben.</p>
	<p>...die <b>Hemmschwelle von Partizipationsmöglichkeiten so niedrig wie möglich</b> ist.</p>

### Was kann man tun, um (sozial benachteiligte) Menschen zum politischen Engagement zu motivieren?

Das Interesse an Politik sowie das politische Engagement wird – das haben viele Untersuchungen nachgewiesen – nachhaltig durch soziale Herkunft bestimmt.



**Für die Praxis:** Im Folgenden wird aufgezeigt, was man tun kann, um die politische Beteiligung einer möglichst breiten sozialen Basis zu organisieren:

- Soziale Ungleichheit (Einkommen-, Vermögens- und Bildungsungleichheit) bekämpfen/ Herkunftseffekte minimieren durch...:**
  - ♦ sozial- und wirtschaftspolitische **Reformen**, die zu einer **Umverteilung** von oben nach unten führen und zur Zunahme des Lebensstandards sozial Benachteiligter.
  - ♦ eine Bildungspolitik, die herkunftsbedingte Bildungsunterschiede verringert.
  - ♦ Bildungseinrichtungen, die als Orte etabliert sind, in denen demokratische Praktiken vermittelt werden (Demokratieerziehung als Bestandteil der Bildungspolitik: breite Verankerung demokratischer Bildung in Schulen).
- Repräsentation schwacher Interessen stärken durch...:**
  - ♦ Stärkung und Neugründungen von Organisationen, die sich für Interessen sozial Benachteiligter einsetzen.
  - ♦ Verbesserung der **Strukturen**, in denen solche Organisationen politisch aktiv werden:
    - ♦ Begrenzung der Lobbymacht von wirtschaftlichen Interessen und
    - ♦ Verbesserung des Zugangs von kleinen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu politischen Entscheidungen.

- ◆ einen besseren Eingang/größere Berücksichtigung dieser Interessen in die Programmatik von Parteien, um mehr Anreize für diese Gruppen zu setzen.
- ◆ bessere Ansprache durch Parteien von mehr Mitgliedern aus sozial benachteiligten Schichten und die Gewinnung dieser für die Mitarbeit.
- ◆ Einführung einer Wahlpflicht.

**Mit der Einführung der Wahlpflicht zu mehr sozial ausgewogener politischer Beteiligung?**

Mit der Wahlpflicht existiert ein Mechanismus, der die Wahlbeteiligung massiv anhebt und die soziale Verzerrung stark reduziert. Sie wurde in vielen Ländern praktiziert und existiert in Europa bis heute in Griechenland, Luxemburg, Belgien und Zypern, weltweit in über 30 Ländern. In diesen Ländern ist die soziale Selektion sichtbar geringer als in den Ländern ohne Wahlpflicht. Zugunsten der demokratischen Gleichheit findet ein Eingriff in die individuelle Wahlfreiheit statt. Auch wenn dieser Eingriff sicherlich minimal ist, ist die Problematik nicht völlig von der Hand zu weisen. Der demokratietheoretische Gütertausch heißt: minimale Freiheitseinschränkung gegen beachtliche politische Gleichheitsgewinne.

**(Sozial benachteiligte) Menschen besser für politisches Engagement aktivieren durch ...:**

- ◆ **vielfältige Bildungsangebote** (bereits in der Schule und in der Erwachsenenbildung), **um demokratisches Handeln verständlich zu machen und zu erproben.** Ziel dieser Maßnahme ist es, dass Menschen politische Prozesse verstehen, sich ihrer eigenen Position bewusst werden und lernen, diese über die richtigen „Wege“ zu artikulieren.

**Modellprojekt „Dialog macht Schule – Stell dir vor es ist Demokratie und alle machen mit!“**

„Dialog macht Schule“ ist ein Bildungsprogramm, das an Schulen arbeitet, und die drei Aspekte Politische Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und Integration zusammen denkt. Studierende, meist mit eigener Einwanderungsgeschichte, werden zu „Dialogmoderator\_innen“ ausgebildet, und begleiten dann Klassen mit einem hohen Migrationsanteil über einen Zeitraum von 2-3 Jahren. Im Rahmen des Unterrichts oder zusätzlicher AGs sprechen die Moderator\_innen mit den Schüler\_innen über persönliche, lebensweltliche Erlebnisse und versuchen die Potenziale der Schüler\_innen zu entdecken und zu entfalten. Mittelfristiges Ziel ist es, Schüler\_innen Chancen und Wege zur Teilhabe in einer Demokratie aufzuzeigen und sie gemeinsam mit ihnen zu erproben. Besonders die langfristige Ausrichtung des Projekts und der auf persönlichem Austausch basierende Ansatz machen die Initiative zu einem erfolgsversprechend Modellprojekt für die Ansprache beteiligungsferner Gruppen. Bisher ist das Projekt in den Städten Berlin, Hannover, Wuppertag und Stuttgart umgesetzt. Mehr Informationen

**Ansetzen an der Lebenssituation (sozial benachteiligter) Menschen, um diese für politisches Engagement zu gewinnen:**

- ◆ Interesse wecken, den **eigenen Lebensraum zu gestalten**, indem an realen/alltäglichen Problemen (sozial benachteiligter) Menschen angesetzt und versucht wird, etwas an der Situation zu verändern (keine abstrakten Debatten führen)
- ◆ Bezug und Zusammenhang herstellen zwischen der Lebenswirklichkeit der Menschen und politischen Fragen/der Demokratie

**Unmittelbare Aktivierung (Empowerment) dieser Bevölkerungsgruppen, indem die Hemmschwelle für Partizipation so gering wie möglich gehalten wird:**

- ◆ Menschen in ihrem „**direkten Nahbereich**“ (Wohn- und Lebensmittelpunkt/ Wohnviertel) ansprechen/abholen
- ◆ die richtige und angemessene Ansprache, die verstanden und nachvollzogen werden kann,
- ◆ kontinuierliche Kommunikation (immer wieder ansprechen und Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten kommunizieren)
- ◆ Unterstützung bereits bestehender **partizipativer Projekte** im „Nahraum“
- ◆ mit Viertel-/Quartiersgestalter\_innen (besonders aktive und selbstbewusste Quartiersbewohner, die innerhalb des „Nahbereichs“ als Multiplikator\_innen/Sprecher\_innen fungieren) zusammenarbeiten
- ◆ **zentrale Anlaufstellen** aufbauen, die flexible Angebote, Beteiligungs- u. Engagementmöglichkeiten anbieten und dauerhaft vor Ort präsent sind (z.B. feste „Demokratie-Wahlstationen“)
- ◆ Stärkung der Strukturen vor Ort und Finanzierungsmöglichkeiten der oben genannten Aktivitäten
- ◆ Community Organizing-Aktivitäten

**Community Organizing – ein Modell aus den USA zur Aktivierung beteiligungsferner Gruppierungen**

Community Organizing bezeichnet ein Bündel an Maßnahmen für die Aktivierung beteiligungsferner Gruppierungen. Ursprünglich in den Armenvierteln von Chicago in den 1920er Jahren angewandt, hat es zum Ziel, Menschen zu bestärken und zu befähigen, mit Unterstützung von Community Organizing für ihre politischen Interessen einzutreten. Die Community Organizer gehen auf Bewohner\_innen in Stadtteilen zu, erfahren im Gespräch die Anliegen der Menschen, und suchen dann zusammen mit den Bewohner\_innen nach Wegen, wie die Anliegen in die politischen Prozesse eingebracht werden können. Im Gegensatz zu klassischen Bürgerinitiativen ist das Community Organizing ein langfristiger Ansatz, der sich nicht „nur“ gegen oder für ein Anliegen organisiert. Durch die Herstellung von guten Beziehungen und das Schließen tragfähiger Bündnisse in der Bevölkerung und mit Organisationen, soll Handlungsfähigkeit erzeugt werden, sowie die dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen gerade auch benachteiligter Menschen.

**Veränderungen in politischen Organisationen:**

- ◆ **Programmatische Profilschärfung** von Parteien, damit diese wieder für breite Schichten der Bevölkerung attraktiv werden
- ◆ **offenere, interaktivere und transparentere** Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich auf die Bedürfnislagen sozial Benachteiligter einstellen u.a. auch durch das Lernen deren Sprache
- ◆ **Personen** in Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, **die sich mit Problemen sozial Benachteiligter auskennen**, sich damit identifizieren, auf diese Personengruppen zugehen und diese einbeziehen können
- ◆ eine **verständliche und glaubwürdige Politik**



**Hinweis:** Weitere Informationen finden Sie in der **MuP-Broschüre** „Politische Mitgliederorganisationen zukunftsfähig gestalten“ auf unserer MuP-Webseite.

## Quellen, Literatur und Verweise

- ❖ Bödeker, Sebastian: [Die ungleiche Bürgergesellschaft](#) – Warum politisches Engagement von Bildung und Einkommen abhängt und was dagegen getan werden kann. In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 11/2012. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Bödeker, Sebastian. 2012. Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Frankfurt a.M.
- ❖ Klatt, Johanna, Franz Walter: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: Transcript, eds. 2011.
- ❖ Klatt, Johanna: [Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter](#), In: betrifft: Bürgergesellschaft 37, Dezember 2011. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Merkel, Wolfgang: [Gibt es eine Krise der Demokratie? – Mythen, Fakten und Herausforderungen](#), In: WZB Mitteilungen Heft 139 März 2013. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Fabian: [Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung](#): Zwei Seiten einer Medaille, In: e Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 13/2013. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Ein Report der FES: [Demokratie in Deutschland 2011](#) „Partizipation und Inklusion“. (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung: [Demokratie \(be\)leben!: Mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement ist möglich](#). (zuletzt aufgerufen 2013)
- ❖ Weitere Informationen rund um die Förderung politischer Beteiligung und politischen Engagements finden Sie auch in unseren **MuP-Praxishilfen** „Möglichkeiten und Methoden politischer Partizipation“ und „Partizipationsverfahren“ auf unserer MuP-Webseite.